

IMPULSPAPIER



Infrastrukturaufbau in den Kommunen – schneller und günstiger mit PPP

Versicherungen und öffentliche Banken sprechen sich gemeinsam für stärkere Nutzung von öffentlich-privaten Kooperationen (ÖPP, PPP) bei Umsetzung der Infrastrukturmodernisierung aus

Die Modernisierung und Transformation der Infrastruktur ist zentral für die Zukunftssicherung des Standortes Deutschland. Doch die Umsetzung von Infrastrukturprojekten dauert in Deutschland viel zu lange. Zeit, die wir nicht haben. Nur ein schneller und entschlossener Umbau kann späteren Generationen enorme Folgekosten ersparen bzw. ihren Wohlstand sichern. Die Einbindung privaten Kapitals und Expertise ist unerlässlich.

GDV und VÖB unterstützen einen Kompetenzaufbau auf kommunaler Seite zur Nutzung von ÖPP zur Infrastrukturrealisierung und -finanzierung als alternative Form zur öffentlichen Beschaffung bzw. konventionellen Vergabe. Ziel sollte es sein, Rahmenbedingungen zur bestmöglichen Standardisierung und Skalierung von Public-Private-Partnerships zusätzlich zu weiteren Umsetzungslösungen zu fördern.

Unsere Anregungen:

- 1) **Verlässlicher Politikrahmen**
 - Politischer Wille: Bereitschaft, PPP ideologiefrei zu berücksichtigen
 - Rechts- und Planungssicherheit für eine langfristige, ambitionierte Projektpipeline
 - Verpflichtung einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zum Abgleich der Beschaffungsvarianten
- 2) **Wirtschaftlichkeit (öffentlicher) Infrastruktur**
 - Systematische Berücksichtigung des Lebenszyklusansatzes
 - Fairer Wirtschaftlichkeitsvergleich der Beschaffungsvarianten
 - Statt einseitiger Kostenvergleiche: gesamthafte Betrachtung der Leistungsseite
- 3) **Umsetzung**
 - Beschleunigte und vereinfachte Planungs- und Genehmigungsverfahren
 - Modelloffene Ausschreibungen und Vergabe
 - Modelloffene Förderkulisse

Durch eine enge Abstimmung von öffentlicher und privater Hand werden die Vorhabenplanung optimiert, Projektrisiken minimiert und Folgekosten bereits im Planungsprozess transparent analysiert und berücksichtigt. Kommunale Auftraggeber können von klaren rechtlichen Regelungen zur Anwendung einer Vielfalt an Beschaffungsvarianten profitieren.

KONTAKT:

Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V.

Wilhelmstraße 43 / 43G, 10117 Berlin / Tel.: 030 2020-5000 / www.gdv.de

Ansprechpartner:

Tim Ockenga, Leiter Kapitalanlagen (t.ockenga@gdv.de)

Maja Pfister, Leiterin Politik (m.pfister@gdv.de)

Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) in Berlin ist die Dachorganisation der Versicherer in Deutschland. Gegenüber Parlament, Regierung und Öffentlichkeit – national wie auf europäischer Ebene – vertreten wir die Interessen einer spannenden, leistungsfähigen und vielfältigen Branche. Das zeigen zum einen unsere rund 460 Mitglieder, zu denen international agierende Player genauso gehören wie lokal verwurzelte Unternehmen, Vollversicherer wie Spezialanbieter, Hunderte Jahre alte Traditionsfirmen ebenso wie junge Insurtechs.

Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands e.V., VÖB

Lennéstraße 11 / 10785 Berlin / Tel.: 030 8192-0 / www.voeb.de

Ansprechpartner:

Stefan Becker, Direktor Staats- und Kommunalfinanzierung (stefan.becker@voeb.de)

Verbindungsbüro Politik: Philipp Häntsche und Samuel Coulmassis (politik@voeb.de)

Der Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, ist ein Spitzenverband der deutschen Kreditwirtschaft. Er vertritt die Interessen von 64 Mitgliedern, darunter die Landesbanken sowie die Förderbanken des Bundes und der Länder. Die Mitgliedsinstitute des VÖB haben eine Bilanzsumme von rund 3.200 Milliarden Euro und bilden damit etwa ein Viertel des deutschen Bankenmarktes ab. Die öffentlichen Banken nehmen ihre Verantwortung für Mittelstand, Unternehmen, die öffentliche Hand und Privatkunden wahr und sind in allen Teilen Deutschlands fest in ihren Heimatregionen verwurzelt. Mit 57 Prozent sind die ordentlichen VÖB-Mitgliedsbanken Marktführer bei der Kommunalfinanzierung und stellen zudem rund 22 Prozent aller Unternehmenskredite in Deutschland zur Verfügung. Die Förderbanken im VÖB haben im Jahr 2024 Förderdarlehen in Höhe von knapp 60 Milliarden Euro bereitgestellt. Als einziger kreditwirtschaftlicher Verband übt der VÖB die Funktion eines Arbeitgeberverbandes für seine Mitgliedsinstitute aus. Die tarifrechtlichen Aufgaben, insbesondere der Abschluss von Tarifverträgen, werden von der Tarifgemeinschaft Öffentlicher Banken wahrgenommen. Ihr gehören rund 65.000 Beschäftigte der VÖB-Mitgliedsinstitute an. Weitere Informationen unter www.voeb.de